



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

eine bewegte Plenarwoche liegt hinter uns. Der Hambacher Forst hat uns dabei mehr als einmal beschäftigt. Fest steht, bis 2020 wird nicht gerodet und unser Ministerpräsident Armin Laschet hat den Erhalt des Forstes für wünschenswert erklärt. Zugleich ist der Forst kein rechtsfreier Raum. Das habe ich in meiner Plenarrede nochmals deutlich gemacht.

Gerne möchte ich diese Gelegenheit nutzen, um Ihnen mein Team vorzustellen, welches sich in letzter Zeit verstärkt und vergrößert hat: In Essen unterstützen mich meine Büroleiterin Carolin Adamek sowie Britta Kremer und Anna Krapohl. Mein Düsseldorfer Büro leitet Daniel Fockenberg unterstützt von Charlotte Neuheuser und Carlotta Drees (Bild Seite 5).

Ich freue mich, wenn Sie meine Arbeit mit guten Hinweisen und Anregungen, aber auch Kritik begleiten. Nehmen Sie gerne Kontakt auf!

Herzlichst

Ihr

Klare Linie für den Strukturwandel

Unter dem Titel „Klima schützen, Wohlstand und Beschäftigung sichern – Mit der Versöhnung von Ökologie und Ökonomie stärken wir das Industrieland Nordrhein-Westfalen“ hat die Landesregierung den Landtag am 20. Februar über die Zukunft der Energiepolitik unterrichtet.

Dabei hat Ministerpräsident Armin Laschet seine klare Linie für den Strukturwandel in den vom Kohle-Aus betroffenen Regionen vorgestellt: Dörfer bleiben unangetastet und mit RWE wurde ein Rodungsmoratorium vereinbart. Damit gibt die Landesregierung ein klares Bekenntnis zum Erhalt des Hambacher Forsts und damit verbunden zum Erhalt des angrenzenden Merzenicher Erbwalds.

Über den Hambacher Forst hat der Landtag darüber hinaus in einer Debatte am 21. Februar diskutiert. Als Redner für die CDU-Fraktion er-



klärte Fabian Schrupf MdL, dass der Forst kein rechtsfreier Raum ist und appellierte an die Baumbesetzer, ihn umgehend zu verlassen, nicht weiter zu beschädigen und ihm die Möglichkeit zur Regeneration zu geben. „Schade, dass sich insbesondere die Grünen diesem Appell nicht anschließen wollen“, betonte Schrupf. „Sie müssen dringend ihr verqueres Verhältnis zu unserem Rechtsstaat klären!“

Digitalpakt: Fördermittel für Schulen

Bund und Länder haben sich im Vermittlungsausschuss auf eine Änderung des Grundgesetzes verständigt. Damit ist der Weg für die Milliardenhilfe zur Digitalisierung von Schulen frei. Das ist eine gute Nachricht für alle allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen. Die flächendeckende Ausstattung mit Computern, schnellem Internet und digitalen Lerninhalten war längst überfällig.

Insgesamt werden für den Digitalpakt Schule 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Rein rechnerisch bedeutet dies für jede der ca. 40.000 Schulen in Deutschland im Durchschnitt einen Betrag von 137.000 Euro. Die letzte Hürde für die Grundgesetzänderung soll Mitte März genommen werden, wenn der Bundesrat das nächste Mal tagt. Danach können die Schulträger, also etwa Kommunen, bei den Ländern Fördermittel



beantragen.

Doch mit der digitalen Ausstattung ist es nicht getan: Die Länder haben sich auch dazu verpflichtet, ergänzende pädagogische Konzepte für die digitale Bildung zu entwickeln. Darüber hinaus werden sie sich gemeinsam mit den Kommunen um Betrieb, Support und Wartung kümmern.



Weniger Kriminalität in NRW

In einer von CDU und FDP beantragten Aktuellen Stunde hat der Landtag in der vergangenen Plenarwoche auf Basis der kürzlich veröffentlichten Kriminalitätsstatistik über die Zahl der Straftaten sowie über zukünftige Herausforderungen für Nordrhein-Westfalen debattiert.

Im Rahmen der Debatte dankte die CDU-Fraktion den Polizeibeamten und Mitarbeitern der Sicher-

heitsbehörden im ganzen Land: „Der Rückgang der Kriminalität in unserem Land ist der Verdienst unserer Sicherheitskräfte“, sagt dazu Fabian Schruppf MdL.

„Als NRW-Koalition wollen wir weiterhin konsequent die besten Voraussetzungen schaffen, damit unsere Sicherheitsbehörden Straftaten noch besser aufklären können. In Nordrhein-Westfalen gilt das Recht des Gesetzes, nicht des Stärkeren. Damit und mit der sowohl besseren personellen, als auch materiellen Ausstattung wollen wir unsere Null-Toleranz-Strategie konsequent umsetzen.“

Clans, politisch oder religiös motivierte Gewalt – auch zukünftig steht das Land vor vielen Herausforderungen. Wenngleich die Zahlen der Kriminalitätsstatistik von 2017 und 2018 eine positive Entwicklung zeigen, wird von einer größeren Dunkelziffer an Taten ausgegangen. Die NRW-Koalition will weiter daran arbeiten, das Land jeden Tag ein Stück sicherer zu machen.

Nährischer Landtag mit Stadtprinzenpaar

Zum diesjährigen „Nährischen Landtag“ am 19. Februar ist das Prinzenpaar der Stadt Essen Sessi-on 2018/19, Katrin I. und Bernie I., der gemeinsa-men Einladung der Essener Landtagsabgeordn-eten von CDU, FDP und SPD zu den Feierlichkei-ten im Landtag gefolgt. „Toll, dass unser Stadtprinzen-paar auch in diesem Jahr beim Nährischen Land-tag zu Gast war. Bis zum nächsten Jahr!“, so Fabi-an Schrupf MdL.

Der Empfang der Tollitäten aus ganz Nord-rhein-Westfalen im Landtag hat Tradition: Kurz bevor der Karneval sich mit dem Rosenmontag seinem Höhepunkt nähert, werden Karnevalisten aus allen Ecken des Landes eingeladen, den Land-tag zu besuchen. In diesem Jahr verwandelten mehr als 123 Prinzenpaare, Dreigestirne, Prinz-es-sinnen und Prinzen das Landesparlament in den „Nährischen Landtag“.



Werkstattgespräch „Vitale Innenstädte“

Um „Vitale Innenstädte – Perspektiven des Einzelhandels in NRW“ ging es am 5. Februar bei einem Werkstattgespräch der CDU-Landtagsfraktion, an dem über 200 Praktiker und Abgeordnete aus ganz Nordrhein-Westfalen teilnahmen.

Nach Impulsvorträgen von Christian Kromberg, Beigeordneter der Stadt Essen, Oliver Kehrl MdL, Dr. Peter Achten, Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes NRW sowie von Mark Thelen (REWE Group) wurde engagiert diskutiert. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand dabei unter anderem die Frage, wie Innenstädte belebt werden können und wie der Handel in Zeiten der Digitalisierung erfolgreich aufgestellt werden kann.

In seinem Schlusswort betonte Fabian Schrupf MdL, dass ein blühender Einzelhandel für das Weiterbestehen der Innenstädte und Stadtteile unabdingbar ist.

Ruhrkonferenz: Ideen für das Ruhrgebiet

Potenziale des Ruhrgebiets nutzen und die Metropolregion voranbringen – diese Ziele verfolgt die Landesregierung mit der Ruhr-Konferenz. Im ersten halben Jahr nach dem Startschuss haben sich bereits 1000 Experten aus Wissenschaft, Kommunen, Verbänden und der Wirtschaft vor Ort in die Beratungen eingebracht. „Wir freuen uns sehr über die große Beteiligung zu diesem frühen Zeitpunkt“, so Fabian Schruppf MdL. Gemeinsam mit seinen Kollegen Petra Vogt MdL und Josef Hovenjürgen MdL nahm er die erste Zwischenbilanz zum Anlass für einen Besuch des Projektbüros „Ruhr-Konferenz“ auf Zeche Zollverein (Bild oben). Im Gespräch mit dem Leiter des Arbeitsstabs, Jürgen Hein, haben sich die CDU-Landtagsabgeordneten des Ruhrgebiets über die Arbeit vor Ort informiert.

Hohe Aufmerksamkeit galt dabei der Online-Dialogplattform, über die Bürgerinnen und Bürger ihre Projektideen für die Zukunft des Ruhrgebiets einbringen können. Über 280 Projektvorschläge von mehr als 3.300 Bürgerinnen und Bürger sind bislang eingegangen. Weitere Vorschläge können unter

www.dialog.ruhr-konferenz.nrw

eingereicht werden.

Zum Thema „360-Grad-Maßnahmen gegen die Clankriminalität“ fand darüber hinaus im Rahmen der Ruhrkonferenz ein Symposium im Haus der Technik statt. Eröffnet wurde es u.a. von Oberbürgermeister Thomas Kufen (Bild Mitte) sowie von Herbert Reul, Minister des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen (Bild unten). Im Mittelpunkt des Symposiums stand auch, dass die Bekämpfung der (Clan-)Kriminalität im Ruhrgebiet oberste Priorität hat.

Die Ruhr-Konferenz ist ein Prozess, der zum Ziel



hat, das Ruhrgebiet zu einer erfolgreichen, wettbewerbsfähigen und lebenswerten Metropolregion im digitalen Zeitalter zu entwickeln. Hierzu hat die Landesregierung in der ersten Phase 20 Themenforen aufgesetzt, in denen Projektideen entwickelt werden. Aus diesen Vorschlägen schnürt die Landesregierung ein Gesamtpaket aus aufeinander abgestimmten Projekten, die ab 2020 umgesetzt werden sollen.



Rü-Talk mit Ina Scharrenbach

Anlässlich des Rü-Talks war am 12. Februar Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen, in Rüttenscheid zu Gast. Auch Fabian Schruppf MdL besuchte die Veranstaltung, bei der die Heimatministerin mit über 80 Bürgerinnen und Bürgern im Rüttenscheider Plan B zum Thema „Heimat zwischen Tradition und Fortschritt“ diskutierte.

KONTAKT



Mein Team in Düsseldorf und Essen (v.l.): Daniel Fockenberg, Britta Kremer, Charlotte Neuheuser, Carlotta Drees, Carolin Adamek und Anna Krapohl

BÜRO DÜSSELDORF:

Fabian Schruppf MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel.: (0211) 884 2727
Fax: (0211) 884 3030

BÜRO ESSEN:

Fabian Schruppf MdL
Blücherstraße 1
45141 Essen
Tel.: (0201) 247 3228
Fax: (0201) 247 3299

E-Mail: fabian.schrumpf@landtag.nrw.de

Web: www.fabian-schrumpf.de

Facebook: www.facebook.com/fabian.schrumpf.mdl